

9/SN-237/ME



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135  
Telefax national 0222-4000-99-89980

51. Novelle zum ASVG

Wien, 30.11.1992

Bucek/Kr

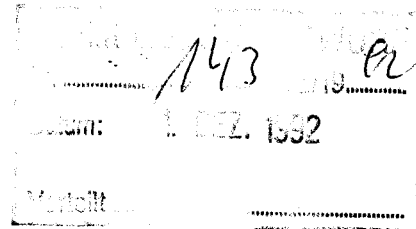
Klappe 899 94

031/1232/92

zur Zahl 20.351/44-8/92

An das  
Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

Stubenring 1  
1010 Wien



Zu dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Begutachtung übersandten Entwurf einer 51. Novelle zum ASVG erlaubt sich der Österreichische Städtebund mitzuteilen, daß gegen diesen Entwurf keine Einwendungen grundsätzlicher Art erhoben werden.

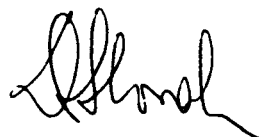
Allerdings geht der Entwurf offenbar davon aus, daß der im ASVG gewählte Anpassungsfaktor künftig auch für die Erhöhung der Beamtenpensionen herangezogen werden soll, zumal der Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung künftig um einen Vertreter der Dienstgeber und der Dienstnehmer des öffentlichen Dienstes erweitert wird. Gegen diese beabsichtigte Gleichschaltung bestehen insoferne Bedenken, als die Rechtsstellung eines Beamten des Ruhestandes nicht mit jener eines ASVG-Pensionisten vergleichbar ist (so die ständige Judikatur des Verfassungsgerichtshofes). Da die Beamtenstellung auf Lebenszeit ausgerichtet ist, erscheint eine Gleichschaltung des Anpassungsfaktors mit jenem für ASVG-Pensionisten auch verfassungsrechtlich bedenklich. Finanzielle Auswirkungen könnten sich für die Gemeinden vor allem dadurch ergeben, daß die Sozialversicherungsbei-

tragserhöhungen grundsätzlich eine Kürzung der Lohnsteuerbemessungsgrundlage verursachen.

Da die Lohnsteuer als gemeinschaftliche Bundesabgabe konzipiert ist, würden sich durch diese Kürzung der Bemessungsgrundlage Mindereinnahmen für die Gemeinden ergeben, die einer Abgeltung bedürfen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.

i.V.



(Dr. Friedrich Slovak)  
Senatsrat